

Kurzbericht über die Sitzung des Wissenschaftsausschusses im Bayerischen Landtag am 31. Januar 2018

TOP: Aussprache über den schriftlichen Bericht "Stand der Umsetzung von Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung an bayerischen Hochschulen" (Vollzug des Landtagsbeschlusses Drs. 17/17880)

Auf Anregung des Netzwerks und mit Unterstützung durch Herrn MdL Jörg/Würzburg hatte die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag einen Berichtsantrag über den „Stand der Umsetzung von Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung an bayerischen Hochschulen“ gestellt. Die mehrheitliche Befürwortung dieses Antrags führte zu einer Umfrage des Wissenschaftsministeriums bei den bayerischen Hochschulen und einem anschließenden Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Umfrageergebnisse an den bayerischen Landtag. Eben dieser Ergebnisbericht war Gegenstand der Beratung in der vorgenannten Sitzung des Wissenschaftsausschusses.

Von Seiten des Ministeriums war hierzu Herr Ministerialdirigent Dr. Mihatsch zur Berichterstattung geladen. Er referiert kurz über den umfangreichen Bericht, verweist auf den Nationalen Aktionsplan BNE und die darin enthaltenen Empfehlungen für die Länder und skizziert Ansatzpunkte zur weiteren Stärkung der Nachhaltigkeitsaktivitäten an bayerischen Hochschulen (Möglichkeit der Aufnahme in das HSchG, Einbeziehung in das Innovationsbündnis 2019, Anschubfinanzierung einer Koordinationsstelle durch das Wissenschaftsministerium). Besonderen Bedarf sieht er bei einer konsensfähigen Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs.

Die Verdeutlichung von Praxisbeispielen übernehmen Herr Prof. Leible/Universität Bayreuth und Frau Prof. Klug/OTH Amberg-Weiden. Beide illustrieren die Einbeziehung von Nachhaltigkeit in die strategische Ausrichtung ihrer Hochschule sowie die Notwendigkeit der Bereitstellung staatlicher Ressourcen für weiterreichende Maßnahmen.

Aufgrund eines äußerst kulanten Entgegenkommens vom Vorsitzenden (Herr Prof. Piazzolo) sowie vom Stellvertretenden Vorsitzenden (Herr Jörg, der auch die Sitzungsleitung innehatte) des Ausschusses waren mit Frau Prof. Hemmer/KU Eichstätt-Ingolstadt, Herrn Prof. Engelhard/Uni Bamberg und Herrn Prof. Vogt/LMU VertreterInnen des Netzwerks „Hochschule und Nachhaltigkeit Bayern“ zur Aussprache geladen. Frau Prof. Hemmer und Herr Prof. Engelhard thematisierten die Entwicklungen des Netzwerks sowie das Spannungsverhältnis von Freiheit der Wissenschaft und ihre Verantwortung für die Weltgesellschaft. Herr Prof. Vogt ging auf den Nachhaltigkeitsbegriff aus ethischer Sicht und das Verhältnis von Nachhaltigkeitswissenschaft und Politik ein (siehe S. 2). Fragen an den Bericht über das Umfrageergebnis sowie Ansatzpunkte und Maßnahmen für Intensivierung und strukturelle Verankerung von Nachhaltigkeit und BNE an Hochschulen waren in einem Handout (siehe Anlage) zusammengefasst, das vom Netzwerk den Mitgliedern des Ausschusses vorgelegt wurde.

Im Gefolge entwickelt sich im voll besetzten Sitzungsraum eine lebhafte und ungewöhnlich ausgiebige Diskussion mit den dem Wissenschaftsausschuss angehörenden VertreterInnen aller politischen Parteien in Bayern. Große Würdigung fanden dabei die im Ergebnisbericht dargestellten Nachhaltigkeitsinitiativen an den bayerischen Hochschulen, über deren Weiterentwicklung künftig regelmäßig berichtet werden sollte. Einigkeit, wenn auch mit graduellen Abstufungen, bestand auch darin, den Stellenwert von Nachhaltigkeit bzw. BNE ähnlich wie beim Digitalisierungsthema in der bayerischen Hochschulpolitik anzuheben, sowie anzuerkennen, dass es insbesondere für die Umsetzung eines gesamtinstitutionellen Ansatzes von Nachhaltigkeit mit den Bereichen Lehre, Forschung, Infrastruktur, Governance, studentische Initiativen und Transfer zusätzlicher staatlicher Finanzmittel bedarf. Auch sollte die Arbeit des Netzwerkes aus der Ehrenamtlichkeit herausgeholt werden. Die teils leidenschaftlichen Bekundungen einzelner Ausschussmitglieder geben Anlass zu der Hoffnung, dass von Seiten der Parteien konkrete Initiativen zu erwarten sind, um der Institutionalisierung von Nachhaltigkeit an Hochschulen politischen Nachdruck zu verleihen. Die erstmals erfolgte Diskussion zu Nachhaltigkeit an Hochschulen im Wissenschaftsausschuss unter Einbeziehung des Netzwerks soll zudem in einem Jahr wiederholt werden.

Impulsreferat „Nachhaltigkeit aus ethischer und philosophischer Perspektive“ (Markus Vogt, 31.01.18)

Eine Definition ist keineswegs trivial und einfach zu operationalisieren, da es sich um einen komplexen Begriff, dessen Breite durch eine Präzisierung des Formalobjektes, also der Art und Weise, wie die verschiedenen Themen in einen Zusammenhang gebracht werden, kompensiert werden muss. Aus Mangel an konzeptioneller Reflexion laufen viele Nachhaltigkeitsstrategien ins Leere und bieten eher ein Etikett als dass sie eine programmatische Wirkung entfalten. Die Reaktion darauf: Der Begriff langweilt. Er bedeute alles und nichts, sein wissenschaftlicher Inhalt sei gleich null, weil er nichts „definiert“ (abgrenzt). Es sollte ein Auftrag an die Wissenschaft und die Forschung sein, sich insbesondere in den Geisteswissenschaften in Verbindung mit den Naturwissenschaften mit dem Begriff der Nachhaltigkeit und dessen Operationalisierung auseinanderzusetzen. Politik braucht die Wissenschaft um mit dem Begriff umzugehen. Nachhaltigkeitswissenschaft braucht die Politik, weil diese quer zu bisherigen Strukturen liegt. Bezogen auf die übliche Definition von Nachhaltigkeit geht Herr Vogt auf drei Irrtümer und Missverständnisse ein:

1. **Nachhaltigkeit sei ein totalitäres, allumfassendes Konzept.** Das ist jedoch ein maximalistischer Fehlschluss. Es geht nicht um die Summe ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele, sondern es kommt auf die (kybernetische) Steuerung komplexer Wechselwirkungen an. Nachhaltigkeit ist Querschnittpolitik. Probleme, die sich stellen, brauchen neue Formen der Zusammenarbeit sowie veränderte Methoden der Wissensproduktion.
2. **Nachhaltigkeit sei pluralismusfeindlich.** Zu Recht legen die Universitäten und Hochschulen größten Wert auf die Freiheit der Wissenschaft. Freiheit ist jedoch nicht beliebig. Die Entdeckung der Nachhaltigkeit als Grundlage von Autonomie im Sinne der Fähigkeit, sich selbst sinnstiftende Ziele zu setzen, steht erst am Anfang. Dabei ist nachhaltige Entwicklung und Forschung ein Suchprozess, der sehr unterschiedliche Akzentsetzungen zulässt und fordert. Innovation gehört zur Zukunftsfähigkeit. Nachhaltigkeit ist keine Verordnung von oben. Es braucht einen Dialog! Nachhaltigkeit überwindet positivistisches Denken, das Wissenschaft nur auf vermeintlich neutrale Fakten ohne Wertbezug bezieht. Die Politik braucht eine wissenschaftsbasierte Analyse des Konzepts um es strukturiert angehen zu können.
3. **Nachhaltigkeit sei alarmistisch und moralisierend.** Das Problem der Nachhaltigkeitspolitik ist, dass es stets dringendere Probleme gibt. Sie fordert einen differenzierten Umgang mit unterschiedlichen Zeithorizonten (statt nur dem üblichen 4-Jahresrhythmus unserer Demokratie). Es braucht eine Institutionalisierung der Nachhaltigkeit, um mit Konflikten zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen umzugehen und Generationengerechtigkeit zu ermöglichen. Das ist ein Kern der Philosophie der Nachhaltigkeit.

Fazit: Es braucht einen neuen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.